

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 26. Oktober 1983
am Donnerstag, dem 27. Oktober 1983

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Antretter (SPD)	30, 31	Hiller (Lübeck) (SPD)	17, 18
Bamberg (SPD)	28, 29	Hinsken (CDU/CSU)	33, 34
Frau Dr. Bard (DIE GRÜNEN)	26, 27	Dr. Hirsch (FDP)	82
Becker (Nienberge) (SPD)	42, 65	Dr. Hüsck (CDU/CSU)	6, 80
Berschkeit (SPD)	111, 112	Dr. Hupka (CDU/CSU)	1, 19
Bindig (SPD)	125	Immer (Altenkirchen) (SPD)	9, 10
Frau Blunck (SPD)	70, 101	Dr. Jens (SPD)	95, 96
Brück (SPD)	45, 46	Jungmann (SPD)	16, 87
Catenhusen (SPD)	8, 86	Kirschner (SPD)	108, 109
Conradi (SPD)	37	Klein (München) (CDU/CSU)	21, 79
Dr. Czaja (CDU/CSU)	20, 72	Dr. Kübler (SPD)	93, 94
Delorme (SPD)	83, 84	Kuhlwein (SPD)	4, 110
Dr. Diederich (Berlin) (SPD)	119, 120	Liedtke (SPD)	32, 41
Duve (SPD)	55, 56	Lowack (CDU/CSU)	78
Egert (SPD)	11, 12	Frau Männle (CDU/CSU)	51, 104
Eigen (CDU/CSU)	99, 100	Marschewski (CDU/CSU)	75
Fischer (Osthofen) (SPD)	43, 44	Frau Dr. Martiny-Glotz (SPD)	59, 60
Gansel (SPD)	14, 15	Frau Matthäus-Maier (SPD)	115, 116
Gerstl (Passau) (SPD)	113, 114	Müller (Düsseldorf) (SPD)	81
Grünbeck (FDP)	2, 3	Frau Nickels (DIE GRÜNEN)	24, 25
Frau Dr. Hartenstein (SPD)	52, 71	Dr. Nöbel (SPD)	63, 64
Dr. Hauff (SPD)	39, 40	Oostergetelo (SPD)	97, 98
Heistermann (SPD)	117, 118	Paterna (SPD)	73, 74
Frau Dr. Hickel (DIE GRÜNEN)	47, 48	Pauli (SPD)	105, 106

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Schäfer (Offenburg) (SPD)	61, 62	Stockleben (SPD)	91, 92
Schlags (SPD)	123, 124	Dr. Struck (SPD)	53, 54
von Schmude (CDU/CSU)	107	Vogelsang (SPD)	76, 77
Schreiner (SPD)	85	Frau Dr. Vollmer (DIE GRÜNEN)	90, 122
Frau Simonis (SPD)	7, 89	Vosen (SPD)	68, 69
Dr. Sperling (SPD)	57, 58	Waltemathe (SPD)	5, 13
Stahl (Kempen) (SPD)	38	Weisskirchen (Wiesloch) (SPD)	88, 121
Dr. Steger (SPD)	49, 50	Frau Weyel (SPD)	22, 23
Frau Steinhauer (SPD)	35, 36	Frau Zutt (SPD)	66, 67
Stiegler (SPD)	102, 103		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	4
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie	9
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	10
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	10
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	13
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	14
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	16
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	16
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	18

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
innerdeutsche Beziehungen**

1. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Warum sind in der Broschüre „Auskünfte zur Deutschlandpolitik A – Z“ nur die den Landsleuten in Mitteldeutschland, nicht aber auch die in Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße den Deutschen verweigerten Menschenrechte miterwähnt, zumal ausdrücklich „die Achtung der Menschenrechte in Deutschland“ zurecht als Ziel der Politik genannt wird?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**

2. Abgeordneter
Grünbeck
(FDP) Bis wann ist die Bundesregierung in der Lage, die erste Vorlage zur Novellierung des Bundesbaugesetzes dem Parlament zuzuleiten?
3. Abgeordneter
Grünbeck
(FDP) Sind Meldungen zutreffend, daß die Bundesregierung bereit ist, das sog. Münchner Modell zur Wohnbauförderung finanziell zu unterstützen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Bildung und Wissenschaft**

4. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD) Wie hoch ist in Prozent aller entsprechenden Betriebe die Beteiligung von Betrieben des Handwerks, der Industrie und des Handels an der Ausbildung im Ausbildungsjahr 1982 gewesen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
wirtschaftliche Zusammenarbeit**

5. Abgeordneter
Waltemathe
(SPD) Kann es die Bundesregierung verantworten, angesichts der jüngsten schweren Menschenrechtsverletzungen in El Salvador und angesichts der Tatsache, daß ein Grund für die seinerzeitige Einstellung der Entwicklungshilfe an El Salvador die nicht gewährleistete Sicherheit der Entwicklungshelfer war, die Entwicklungshilfeleistungen wieder aufzunehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

6. Abgeordneter
Dr. Hüsch
(CDU/CSU) Welche Informationen liegen der Bundesregierung über Umstände und Motive der Ermordung des Abgeordneten der Demokratischen Partei in Uganda, Sambatia, am 1./2. Oktober 1983 vor, und in welcher Weise hat die Bundesregierung sich gegebenenfalls dazu besonders gegenüber ugandischen Stellen geäußert?

7. Abgeordnete
Frau
Simonis
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung die Vorführung des Filmes „Die weiße Rose“ bereits auf der bundesdeutschen Filmwoche in Budapest (25. November bis 5. Dezember 1982) mit Hinweis auf den Nachspann verweigern wollte, auf Grund der Erkenntnis, daß der sogenannte erste Nachspann die Rechtsauffassung des Bundesgerichtshofes korrekt wiedergibt, jedoch einer Vorführung mit dem sogenannten ersten Nachspann zustimmte, und teilt die Bundesregierung bejahendenfalls meine Auffassung, daß trotz einer Konkretisierung des sogenannten zweiten Nachspanns in fünf Punkten über die bestehende Rechtslage der Film deshalb nicht durch das Goethe-Institut im Ausland vorgeführt werden kann, weil die Bundesregierung dies aus politischen Gründen nicht für opportun hält?
8. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften vorgeschlagenen Änderungen zu Kapitel VI Artikel 53 des Euratom-Vertrages [KOM (82) 732 endg. vom 3. Dezember 1982], nach denen jede Einschränkung bei der Verwendung der besonderen spaltbaren Stoffe innerhalb der EG hinfort verboten sein soll, hinsichtlich zukünftiger Einwirkungsmöglichkeiten der Bundesrepublik Deutschland dahin gehend, daß aus dem Bundesgebiet in das Gebiet eines Atomwaffenstaates der EG gelieferte spaltbare Stoffe, z. B. Plutonium für den französischen Super-Phénix, ausschließlich für friedliche Zwecke genutzt werden?
9. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
- Auf welche Weise und mit welchem Erfolg hat die Bundesregierung ihren NATO-Partner Türkei bzw. die türkische Militärregierung darauf aufmerksam gemacht, daß die Folterungen Erwachsener und sogar auch von Kindern gegen die Prinzipien des Nordatlantikvertrags vom 4. April 1949 eklatant verstoßen, in dem die Entschlossenheit vertraglich von allen Partnern vereinbart wurde, „die Freiheit, das gemeinsame Erbe und die Zivilisation ihrer Völker (d. h. der Vertragspartner), die auf den Grundsätzen der Demokratie, der Freiheit der Person und der Herrschaft des Rechts beruhen, zu gewährleisten“?
10. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
- Inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, auf Grund der Aussagen des türkischen Sozialarbeiters Sahabeddin Buz über seine Folterungen in der Türkei, die er auf einer Pressekonferenz der Sozialistischen Fraktion des Europa-Parlaments am 7. Oktober 1983 gemacht hat, einmal energisch bei der türkischen Regierung zu protestieren und zum anderen die während solcher Folterungen von den türkischen Behörden aufgestellten diskriminierenden Äußerungen gegen Einrichtungen und Aktionen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland (z. B. das Jugendamt Hannover als „maoistischer und leninistischer Verein“, die IG-Metall als kommunistischer Verband, die Teilnahme an Kundgebungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) zum 1. Mai und die Mitgliedschaft beim DGB als kommunistische Sympathiekundgebung) entschieden zurückzuweisen?

11. Abgeordneter
Egert
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß am 26. September 1983 sechs salvadorianische Gewerkschafter von einer Todesschwadron namens „Geheimes anti-kommunistisches Heer“ entführt worden sind, und daß die Leichen von fünf von ihnen am 7. Oktober auf einer Straße in der Nähe von San Salvador aufgefunden wurden, und wie bewertet die Bundesregierung das Wiedererscheinen von Todesschwadronen in El Salvador zu einem Zeitpunkt, da von der Regierung Wahlen in Aussicht gestellt worden sind?
12. Abgeordneter
Egert
(SPD) Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, auf Grund der erneuten Verschlechterung der Menschenrechtssituation in El Salvador, die durch die jüngste Entführung und Ermordung von fünf Gewerkschaftsführern gekennzeichnet ist, im Rahmen der zur Zeit stattfindenden Vollversammlung der Vereinten Nationen eine Resolution dazu einzubringen?
13. Abgeordneter
Waltemathe
(SPD) Erwägt die Bundesregierung, ihre Absicht, wieder einen deutschen Botschafter nach El Salvador zu entsenden, auf Grund des durch das Wiederauftauchen von Todesschwadronen entstandenen erhöhten Sicherheitsrisikos noch einmal zu überprüfen, nachdem der frühere Botschafter wegen des zu hohen Sicherheitsrisikos zurückberufen worden war?
14. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Wie begründet und interpretiert die Bundesregierung die Formulierung im gemeinsamen Kommuniqué über den offiziellen Besuch des Bundeskanzlers im Königreich Saudi-Arabien, „beide Seiten verständigen sich darüber, auch Fragen des Verteidigungsbereichs in die Zusammenarbeit einzubeziehen“?
15. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, sich über diese „Fragen“ auch mit anderen Staaten der Nahostregion, insbesondere mit Israel, zu „verständigen“?
16. Abgeordneter
Jungmann
(SPD) Hat die Bundesregierung bezüglich des Besuchs einer saudiarabischen Expertengruppe in der Bundesrepublik Deutschland, die die Möglichkeiten der Lieferung deutscher Rüstungsgüter, „die für die Verteidigung bestimmt sind“, prüfen soll, Zusagen gegeben?
17. Abgeordneter
Hiller
(Lübeck)
(SPD) Wie vertragen sich die Berichte über Zusagen des Bundeskanzlers über Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien mit der Aussage der Regierungserklärung vom 5. Mai 1983, „Wir wollen immer danach handeln: Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“?
18. Abgeordneter
Hiller
(Lübeck)
(SPD) Welche vitalen Interessen der Bundesrepublik Deutschland sprechen für eine ausnahmsweise Genehmigung von Kriegswaffenexporten nach Saudi-Arabien gemäß den „politischen Grundsätzen der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“?
19. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Wie erklärt und beurteilt die Bundesregierung, daß auch in der dritten Auflage der deutsch-amerikanischen Schulbuchempfehlungen die Ostverträge in ihrer Konsequenz für Deutschland falsch dargestellt werden und die neu aufgenommenen Hinweise auf den Deutschlandvertrag und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 ausgerechnet im englischsprachigen Text fehlen?

20. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Auf welche Weise sind die Rechte aller deutschen Staatsangehörigen und die Wahrung der Schutzpflicht der Bundesrepublik Deutschland zu ihren Gunsten in dem Abkommen der Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft mit Jugoslawien gesichert?
21. Abgeordneter
Klein
(München)
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung eine Chance, die Regierung der UdSSR unter dem Gesichtspunkt sinnvoller Mittelverwendung zugunsten von Härtefällen unter den Opfern der NS-Verfolgung dazu zu bewegen, der Freilassung von Rudolf Hess durch Schließung des Alliierten Militärgefängnisses zuzustimmen, so daß während seiner weiteren Lebenszeit die freiwerdenden Mittel (1983 voraussichtlich etwa 1,2 Millionen DM) für Härtefälle unter den NS-Verfolgten zur Verfügung gestellt werden können?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

22. Abgeordnete
Frau
Weyel
(SPD) Sind der Bundesregierung Mitteilungen des saarländischen Sozialministeriums bekannt, nach denen etwa 12 v. H. der verkauften Lebensmittel verdorben oder im Wert gemindert waren, und liegen entsprechende Untersuchungen aus anderen Bundesländern vor?
23. Abgeordnete
Frau
Weyel
(SPD) Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, daß nach dem erwähnten Bericht bei Lebensmitteln tierischer Herkunft 85 v. H. der Proben Rückstände enthielten und Würste zu fett und mit zu viel Schwarten und Sehnen durchsetzt sind?
24. Abgeordnete
Frau
Nickels
(DIE GRÜNEN) Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Bundesgesundheitsrats in seinem Votum vom 12. Oktober 1983, worin er die Aufhebung der Kurierfreiheit und damit — wie bereits die Nationalsozialisten 1939 — die Abschaffung der Heilpraktiker durch Nachwuchssperre empfiehlt, und teilt sie insbesondere die Rechtsauffassung des Bundesgesundheitsrats, daß „die Beschränkung der Ausübung der Heilkunde auf Ärzte“ „verfassungsrechtlich möglich“ sei, obwohl nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs die vom NS-Gesetzgeber beschlossene Nachwuchssperre aus verfassungsrechtlichen Gründen aufgehoben wurde?
25. Abgeordnete
Frau
Nickels
(DIE GRÜNEN) Hält die Bundesregierung die Zusammensetzung des Bundesgesundheitsrats (derzeit 76 Mitglieder, meist Ärzte, nur ein Heilpraktiker) für so repräsentativ, daß sich in seiner Meinungsbildung die tatsächliche Situation der Ausübung der Heilkunde zwischen Patienten und Behandlern in der Bundesrepublik Deutschland widerspiegeln kann, oder sieht die Bundesregierung den Vorwurf als gerechtfertigt an, daß hier ein Ärztegremium angesichts der Ärzteschwemme für seine Standesinteressen und gegen eine lästige Konkurrenz kämpft?

26. Abgeordnete
Frau
Dr. Bard
(DIE GRÜNEN) Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Bundesgesundheitsrats in seinem Votum vom 12. Oktober 1983, worin über die jährlich rund 12 Millionen Patientenkontakte der rund 5 000 praktizierenden Heilpraktiker in der Bundesrepublik Deutschland geurteilt wird, „Ein objektiver Bedarf für Heilpraktiker besteht nicht, wohl aber ein subjektives Bedürfnis der Bevölkerung“, und ist sie nicht der Auffassung, daß das Aufsuchen einer Arztpraxis in jedem Fall auf einem „objektiven Bedarf“ beruht?
27. Abgeordnete
Frau
Dr. Bard
(DIE GRÜNEN) Geht auch die Bundesregierung davon aus, daß Arzt und Heilpraktiker berufen sind, nicht in Konkurrenz zueinander, sondern in partnerschaftlicher gegenseitiger Ergänzung Gesunde zu beraten und Kranke zu heilen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

28. Abgeordneter
Bamberg
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß sich in der Bundesrepublik Deutschland niemand um die systematische Kontrolle der Gesamttages/Wochenarbeitszeit der Fernfahrer kümmert, weil nur die sogenannte Lenkzeit überwacht wird, aber durch Vorarbeiten, wie z. B. das Selbstbeladen seines Fahrzeugs, die zugelassene Lenkzeit des Fernfahrers von acht Stunden oft weit überschritten wird und dadurch wirkliche Arbeitszeiten von zwölf und mehr Stunden keine Seltenheit sind, und welche Folgerungen kann sie in ihrem Verantwortungsbereich daraus ziehen?
29. Abgeordneter
Bamberg
(SPD) Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Wettbewerbsverzerrungen zwischen Schiene und Straße im Bereich der Sozialvorschriften abzubauen, die durch ihre unterschiedliche Handhabung und durch die weitgehend fehlende Kontrolle ihrer Einhaltung auf seiten der Straße bestehen?
30. Abgeordneter
Antretter
(SPD) Auf wieviel Prozent schätzt die Bundesregierung die Abnahme der Kraftfahrzeugemissionen durch Einführung von Tempo 100 auf Bundesautobahnen bzw. von Tempo 100 auf Bundesautobahnen und Tempo 80 auf Bundesstraßen?
31. Abgeordneter
Antretter
(SPD) Kann die Bundesregierung den Bericht des Spiegels (3. Oktober 1983) bestätigen, daß eine 90prozentige Entgiftung der Kraftfahrzeugabgase, gemessen nach dem bisher benutzten ECE-Verfahren, durch Einführung des amerikanischen CVS-Verfahrens weniger drastisch ausfallen würde, und wie hoch schätzt die Bundesregierung die Differenz bei den Testverfahren?
32. Abgeordneter
Liedtke
(SPD) Wird die Bundesregierung die dramatische Zunahme der Waldschäden zum Anlaß nehmen, die Kraftfahrer zu einer umweltverträglichen Fahrweise anzuhalten, und wird sie die Vorschriften für die Überprüfung der Autoabgase verschärfen?

33. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, die Deutsche Bundesbahn anzuweisen, Maßnahmen zu ergreifen, um Behinderten das Ein- und Aussteigen in größeren Bahnhöfen zu erleichtern?
34. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU) Wenn ja, welche Maßnahmen können hier ergriffen werden, und was wurde in den letzten Jahren hier getan?
35. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer**
(SPD) Trifft es zu, daß die Deutsche Bundesbahn im Frühjahr 1984 ähnlich dem Intercitypersonenverkehr für den Güterverkehr ein Intercargosystem einführen will, und welche Auswirkung hat dieses Transportsystem auf die außerhalb der Ballungszentren liegenden Wirtschaftsräume, z. B. auf die Region Siegen?
36. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer**
(SPD) Sind hier auch die Gründe für die Verlagerung von Bundesbahndienststellen aus dem Oberzentrum Siegen in andere Orte zu suchen, und wie sind solche Pläne mit den Bundesraumordnungsgedanken in den Gebiets- und Strukturentwicklungsplänen in Übereinstimmung zu bringen?
37. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Wann ist mit der seit nunmehr zehn Jahren geplanten Einführung fälschungssicherer Kfz-Kennzeichen zu rechnen, und welches sind die Gründe für diese lange Bearbeitungszeit?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

38. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD) Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung außer der Veranstaltung von Symposien ergriffen, um die ökologische Forschung zielstrebig und in einem klaren Zeitrahmen voranzubringen?
39. Abgeordneter
Dr. Hauff
(SPD) Wie stellt sich die Bundesregierung zu dem bereits im Sommer dieses Jahrs unterbreiteten Vorschlag des Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Vogel, einen Rat zur Bekämpfung des Waldsterbens einzuberufen?
40. Abgeordneter
Dr. Hauff
(SPD) Wann wird der Bundeskanzler das Schreiben des SPD-Fraktionsvorsitzenden vom 13. Juni 1983 beantworten, in dem dieser die Gründung eines Rates zur Bekämpfung des Waldsterbens vorschlägt?
41. Abgeordneter
Liedtke
(SPD) Welche Erkenntnisse hat die Konferenz der Europäischen Gemeinschaft in Karlsruhe über die Ursachen des Waldsterbens für die Bundesregierung gebracht, und welche Möglichkeiten sieht sie, im Rahmen der EG kurzfristig wirkende Maßnahmen zur Rettung der Wälder durchzusetzen?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

42. Abgeordneter
Becker
(Nienberge)
(SPD) In wieviel Wochen hat seit der Wahl des Bundeskanzlers am 29. März 1983 keine Kabinettsitzung stattgefunden?
43. Abgeordneter
Fischer
(Osthofen)
(SPD) Trifft es zu, daß Bundeskanzler Dr. Kohl bei einem Besuch der Frankfurter Buchmesse auch den Stand des im Verfassungsschutzbericht 1982 erwähnten rechtsextremistischen Druffel-Verlags besucht hat, und wenn ja, welche Gründe haben den Bundeskanzler dazu bewogen?
44. Abgeordneter
Fischer
(Osthofen)
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung das Verhalten des Bundeskanzlers im Lichte der Tatsache, daß Bundespräsident Carstens als Schirmherr des von der Kurt A. Körber-Stiftung ausgeschriebenen Schülerwettbewerbs „Deutsche Geschichte – Alltag im Nationalsozialismus“ darum bemüht ist, vor allem der Jugend die Wahrheit über den Nationalsozialismus nahezubringen, wenn andererseits der Bundeskanzler durch seinen Besuch einen Verlag aufwertet, dessen erklärtes Ziel es ausweislich des Verfassungsschutzberichts 1982 ist, „gegen Umerziehung und Gehirnwäsche mit geistig-literarischen Waffen zu kämpfen“?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

45. Abgeordneter
Brück
(SPD) Welche Erfolge hat die bisherige Arbeit der Internationalen Kommission zum Schutz von Saar und Mosel gebracht?
46. Abgeordneter
Brück
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die bisherige Arbeit der Internationalen Kommission zum Schutz von Saar und Mosel?
47. Abgeordnete
Frau
Dr. Hickel
(DIE GRÜNEN) Ist der Bundesregierung bekannt, ob die Teilnahme an der für den 5. Oktober 1983 angesetzten Aktion „5 Mahnminuten für den Frieden“ den Angehörigen der Dienststellen der Bundesregierung oder denen der nachgeordneten Behörden untersagt wurde, und wenn ja, mit welcher Begründung?
48. Abgeordnete
Frau
Dr. Hickel
(DIE GRÜNEN) Ist der Bundesregierung bekannt, daß in der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt in Braunschweig die Teilnahme an der Aktion „5 Mahnminuten für den Frieden“ durch den Verwaltungsleiter verboten wurde, und wenn ja, mit welcher Begründung geschah dies?
49. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Zu welchem Zeitpunkt mußten in den verschiedenen Bundesländern die Ortsverbände des Technischen Hilfswerkes ihren Ausbildungs- und Übungsbetrieb wegen mangelnder Finanzen einstellen?

50. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Was waren die Ursachen dafür, daß die Haushaltsmittel nicht ausgereicht haben, einen ganzjährigen Betrieb durchzuführen und welche Konsequenzen ergeben sich nach Auffassung der Bundesregierung für die Qualität der Ausbildung und der Einsatzbereitschaft des Technischen Hilfswerkes, wenn bereits – wie zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen – der Betrieb bereits Anfang Oktober eingestellt werden mußte?
51. Abgeordnete
Frau Männle
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, Berichte aus den Ländern einzuholen, die Erfahrungen mit begrenzt offenen Listen gemacht haben, und diese auszuwerten, wenn ja, wann ist mit dem Ergebnis dieser Auswertung zu rechnen?
52. Abgeordnete
Frau Dr. Hartenstein
(SPD) Auf wieviel Prozent schätzt die Bundesregierung die Abnahme der gesamten Schwefeldioxidemissionen in der Bundesrepublik Deutschland bis 1987, 1990 und 1993, und wie schätzt sie entsprechend die Veränderung der Schwefeldioxidimmissionen?
53. Abgeordneter
Dr. Struck
(SPD) Welche Giftkampfstoffe aus den vergangenen beiden Weltkriegen lagern heute noch auf und/oder unter dem Boden des Truppenübungsplatzes Munster, und liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob gegebenenfalls Einschwemmungen dieser Giftkampfstoffe in das Oberflächenwasser der Örtze möglich sind?
54. Abgeordneter
Dr. Struck
(SPD) Welche Maßnahmen haben Bundesbehörden zur Beseitigung eventueller Gefahren für Grundwasser oder Oberflächenwasser der Örtze ergriffen?
55. Abgeordneter
Duве
(SPD) In welcher Weise wird die Bundesregierung die im Zusammenhang mit dem abgesagten Besuch des Höhen Flüchtlingskommissars (UNHCR) massiv geäußerte Kritik an einem internen Bericht des UNHCR im Licht neuerer Recherchen und Reportagen (vgl. etwa Zeitmagazin vom 13. Oktober 1983) revidieren?
56. Abgeordneter
Duве
(SPD) Plant die Bundesregierung, ihrerseits durch eine unabhängige Untersuchungskommission die in dem umstrittenen Bericht und in Zeitungsmeldungen dargestellte Unterbringungssituation der Asylbewerber überprüfen zu lassen?
57. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) Ist die Bundesregierung entsprechend der Forderung in der von Dr. Kohl und Dr. Zimmermann unterzeichneten Entschließung der Fraktion der CDU/CSU (Drucksache 8/1206) bereit, künftig bei der Vorlage von Gesetzentwürfen Angaben über den entstehenden Verwaltungsaufwand und den Personalbedarf sowie die bei Privaten entstehenden Kosten zu machen?
58. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) Ist die Bundesregierung entsprechend der Forderung in der von Dr. Kohl und Dr. Zimmermann unterzeichneten Entschließung der Fraktion der CDU/CSU (Drucksache 8/1206) bereit, grundsätzlich zwei Jahre nach Inkrafttreten eines jeden Gesetzes über die Abweichungen von den Vorausschätzungen zu berichten?

59. Abgeordnete
Frau
Dr. Martiny-
Glötz
(SPD) Welche neuen umweltpolitischen Steuerungs- und Anreizinstrumente prüft die Bundesregierung gegenwärtig auf ihre Tauglichkeit zur Bekämpfung des Waldsterbens?
60. Abgeordnete
Frau
Dr. Martiny-
Glötz
(SPD) Ist unter den zu prüfenden Instrumenten auch ein „Waldpfennig“, und wenn nein, warum nicht?
61. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD) Wann wird die eingesetzte Arbeitsgruppe zur Prüfung neuer Steuerungsinstrumente in der Luftreinhaltepolitik ihre Ergebnisse vorlegen?
62. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD) Für welchen Zeitpunkt rechnet die Bundesregierung gegebenenfalls mit positiven Auswirkungen neuer Steuerungsinstrumente bei der Bekämpfung des Waldsterbens?
63. Abgeordneter
Dr. Nöbel
(SPD) Welche gemeinsamen Initiativen auf dem Gebiet der Luftreinhaltung plant die Bundesregierung mit der DDR und der CSSR?
64. Abgeordneter
Dr. Nöbel
(SPD) Welche kurzfristig wirkenden Maßnahmen gegen das Waldsterben wird die Bundesregierung nach der Waldschadenserhebung 1983 im Bereich der öffentlichen Verwaltung und der landeseigenen Betriebe durchsetzen?
65. Abgeordneter
Becker
(Nienberge)
(SPD) Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Waldschadenserhebung 1983, und welche schnell wirkenden Maßnahmen wird sie gegen die Luftverunreinigung als eine der Hauptursachen für das Waldsterben durchsetzen?
66. Abgeordnete
Frau
Zutt
(SPD) Wie hoch veranschlagt die Bundesregierung den Investitionsaufwand, um die SO₂-Emissionen von Kraftwerken auf den Standard von 400 mg/m³ ohne Inanspruchnahme von Ausnahmeregelungen der Großfeuerungsanlagenverordnung zu verringern?
67. Abgeordnete
Frau
Zutt
(SPD) Welche Grenzwert der SO₂-Emissionen aus Kraftwerken definiert die Bundesregierung unter Betrachtung von Techniken, die im In- und Ausland — insbesondere in Japan — bereits angewendet werden, als „Stand der Techniken“?
68. Abgeordneter
Vosen
(SPD) Wird die Bundesregierung nach der Waldschadenserhebung 1983 nunmehr unverzüglich die neuen Grenzwerte für die Kfz-Emissionen festlegen, und was hat sie bisher unternommen, die Grenzwerte EG-weit durchzusetzen?
69. Abgeordneter
Vosen
(SPD) Hält die Bundesregierung nach der Waldschadenserhebung 1983 nunmehr ein Schadstoffabgabengesetz zur schnellen Beschränkung der Emissionen aus Kraftwerken für erforderlich?
70. Abgeordnete
Frau
Blunck
(SPD) Welche ökologischen Schäden durch die Luftverunreinigung sind von der Bundesregierung über das Baumsterben hinaus in bezug auf Wasserhaushalt sowie Klima- und Bodenqualität festgestellt worden?

71. Abgeordnete
Frau
Dr. Hartenstein
(SPD) Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung aus den Ländern über die Zahl der Anträge auf Ausnahmegenehmigungen nach den §§ 6, 11, 19, 33 und 36 der Verordnung über Großfeuerungsanlagen vor?
72. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Trifft es nach den Erkenntnissen der Bundesregierung zu, daß etwa 800 Ostagenten — 80 v. H. aus der DDR — verbotene Ausforschung im Bereich gewöhnlicher industrieller Fertigung, aber auch hochentwickelter Technologie in der Bundesrepublik Deutschland betreiben und dadurch mit geringen Kosten, etwa einem Einsatz von 5 Millionen DM, einen sechzigfachen Entwicklungseffekt (300 Millionen DM), besonders zugunsten der Rüstung im Ostblock und zur Beschleunigung der Rüstungsspirale, erreichen, weil die „etwas altertümliche, im Schwerpunkt auf Militärspionage ausgerichtete“ Gesetzgebung ausreichende Kontrollen nicht ermöglicht (FAZ, 12. März 1982), wie der Landespolizeipräsident von Baden-Württemberg meint?
73. Abgeordneter
Paterna
(SPD) Kann die Bundesregierung die in der sogenannten Bürgerinformation „Kommunistische Einflußnahme auf die Protestbewegung — „Ein Beitrag zum Triumpf des Sozialismus im Weltmaßstab““ unter dem Rubrum „Beeinflusste Organisationen“ neben VDJ enthaltene Eintragung „andere“ nach beweisbarer bzw. vermuteter Zusammensetzung detailliert aufschlüsseln?
74. Abgeordneter
Paterna
(SPD) Für welche Methoden der Beeinflussung stehen in der o. a. sogenannten Bürgerinformation jeweils die schraffierten bzw. gepunkteten Linien, und ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, die unter der Bezeichnung „Beeinflusste Organisationen“ wiedergegebenen Kürzel im Volltext und unter Angabe der jeweiligen Mitgliederstärken zu erläutern?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

75. Abgeordneter
Marschewski
(CDU/CSU) Ist es zutreffend, daß das Bundesfinanzministerium plant, das Branntwein-Monopol nach Ablauf von fünf Jahren aufzulösen, was zur Folge haben würde, daß gerade mittelständische Familienbetriebe mit teilweise jahrhundertelanger Tradition in ihrer Existenz bedroht sind, wie es etwa vor ca. 20 Jahren mit kleinen Mühlenbetrieben der Fall war?
76. Abgeordneter
Vogelsang
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung im Hinblick auf das Grundrecht der Koalitionsfreiheit die Haltung des Vorstands der bundeseigenen Vereinigten Aluminiumwerke, einem Beschäftigten dieses Unternehmens die fristlose Entlassung anzudrohen, wenn er als Delegierter am 14. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall teilnimmt?
77. Abgeordneter
Vogelsang
(SPD) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, auf den Vorstand des bundeseigenen Unternehmens dahin gehend einzuwirken, daß sich solche Vorgänge nicht wiederholen?

78. Abgeordneter
Lowak
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die B.A.T. (Firma Battberg) erwägt, ihr Werk mit über 800 Beschäftigten (mit ca. 3000 betroffenen Familienangehörigen) aus dem Zonenrandgebiet Bayreuth nach Berlin zu verlagern, und sieht die Bundesregierung, gegebenenfalls gesetzgeberische Möglichkeiten, unter grundsätzlicher Beibehaltung der besonderen Berlin-Präferenz gegenüber der Zonenrandförderung zu verhindern, daß bestehende Betriebe im Zonenrandgebiet wegen der besonderen steuerlichen Vorteile nach Berlin verlegt werden und damit unwiederbringlich hohe Arbeitsplatzverluste in einem sonst höchstrangigen Fördergebiet entstehen?
79. Abgeordneter
Klein
(München)
(CDU/CSU)
- Mit welchen Kosten hat die rechtlich sinnlose und moralisch nicht vertretbare Isolierungshaft von Rudolf Hess als des einzigen Gefangenen im Alliierten Militärgefängnis Berlin-Spandau in den Jahren 1970 bis 1982 den Bundeshaushalt und den Berliner Haushalt, das heißt den deutschen Steuerzahler, belastet?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

80. Abgeordneter
Dr. Hüsch
(CDU/CSU)
- Welche Informationen liegen der Bundesregierung darüber vor, daß einzelne Staaten, die zur Europäischen Gemeinschaft gehören, die Einfuhr von Erzeugnissen aus Entwicklungsländern mengenmäßig beschränkt haben, obwohl solche Erzeugnisse nicht in den jeweiligen Ländern selbst produziert werden?
81. Abgeordneter
Müller
(Düsseldorf)
(SPD)
- Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung treffen, um die vom Bundesminister für Wirtschaft erklärte Einstellung der Beihilfeleistungen des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft für die Bilgenentölung auf dem Rhein, seinen Nebenflüssen und den westdeutschen Kanälen auszugleichen?
82. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP)
- Ist der Bundesregierung etwas darüber bekannt, daß Interessenten aus Saudi-Arabien beabsichtigen, in erheblichem Umfang — gegebenenfalls einer Sperrminorität — Anteile der Rheinmetall Berlin AG erwerben zu wollen, um damit Einfluß auf den größten deutschen Waffenhersteller, die Rheinmetall GmbH, nehmen zu können?
83. Abgeordneter
Delorme
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch scharfkantige Abreißverschlüsse von Getränkedosen, die achtlos weggeworfen werden, in Freibädern und Spielparks häufig Unfälle (vor allem Fußverletzungen) verursacht werden?
84. Abgeordneter
Delorme
(SPD)
- Hält es die Bundesregierung für notwendig, durch Gesetz oder Verordnung den Gebrauch von Abreißverschlüssen zu untersagen, und statt dessen die nicht ablösbaren Sicherheitsverschlüsse, wie sie beispielsweise in den USA schon seit längerer Zeit verwendet werden, vorzuschreiben?

85. Abgeordneter
Schreiner
(SPD) Welche Ursachen sind nach Auffassung der Bundesregierung für den neuen Rekordstand von Unternehmenszusammenbrüchen im ersten Halbjahr 1983 verantwortlich?
86. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Angebote deutscher Firmen für den bevorstehenden Export eines Kernkraftwerkes in die Türkei hinsichtlich des Sicherheitsstandards der angebotenen Anlagen, und würde die Bundesregierung eine Unterschreitung der in der Bundesrepublik Deutschland erreichten Sicherheitsstandards für Kernkraftwerke, die aus der Bundesrepublik Deutschland exportiert werden, für hinnehmbar oder mit den Bestimmungen des Außenwirtschaftsgesetzes für vereinbar halten?
87. Abgeordneter
Jungmann
(SPD) Nach welchen Kriterien unterscheidet die Bundesregierung zwischen Kriegswaffen und Rüstungsgütern, die für die Verteidigung bestimmt sind, und anderen, die für eine friedensstörende Handlung, insbesondere bei einem Angriffskrieg, verwendet werden können?
88. Abgeordneter
Weisskirchen
(Wiesloch)
(SPD) Wie verträgt sich die Ankündigung der Bundesregierung, Panzerfahrzeuge nach Saudi-Arabien zu liefern, mit der Bestimmung der „politischen Grundsätze der Bundesregierung über den Export von Kriegswaffen und Rüstungsgütern“, daß der Export in Länder außerhalb der NATO „insbesondere nicht zum Ausbau zusätzlicher exportspezifischer Kapazitäten führen darf“?
89. Abgeordnete
Frau
Simonis
(SPD) Bezieht sich die Ankündigung des Bundeskanzlers, mit Saudi-Arabien in Fragen des Verteidigungsbereichs zusammenzuarbeiten, auch auf den Erwerb von Anteilen an Unternehmen der Rüstungsindustrie durch Saudi-Arabien?
90. Abgeordnete
Frau
Dr. Vollmer
(DIE GRÜNEN) Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Vorschriften für die handwerkliche Ausbildung so zu gestalten, daß epilepsiekranke Auszubildende nicht durch einzelne Ausbildungsschritte, die für die spätere Berufstätigkeit nachgeordnete Bedeutung haben, von der gesamten Ausbildung ausgeschlossen werden?
91. Abgeordneter
Stockleben
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung New Yorker Börsenkreise (Wirtschaftswoche, 19. August 1983, S. 6), wonach die Stahlindustrie Japans, Europas und der USA ab 1984 bis zum Ende des Jahrhunderts einer gesicherten Zukunft entgegensehen könne?
92. Abgeordneter
Stockleben
(SPD) Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung gegebenenfalls daraus für die künftige deutsche Stahlpolitik?
93. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Ausbaukapazität im geplanten und im Bau befindlichen Kraftwerksausbau, und wird der Strommehrbedarf in den nächsten zehn Jahren nicht wesentlich unter den Ausbaukapazitäten liegen?

94. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung das Verhältnis der Energieträger Kohle, Gas und Kernenergie in diesem Zusammenhang?
95. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD) Welche Raffineriekapazitäten für Rohöl sind nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten Jahren weltweit in OPEC- oder Schwellenländern entstanden, und welche sind zur Zeit im Bau?
96. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD) Welche Industrie- oder Schwellenländer arbeiten nach Kenntnis der Bundesregierung zur Zeit an Vergasungs- oder Verflüssigungsprojekten für Steinkohle, und wie weit sind derartige Projekte bisher gediehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

97. Abgeordneter
Oostergetelo
(SPD) Inwieweit haben Ankündigungen des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, daß man bestrebt sei, die industrielle Verwendung von Agraralkohol auszuweiten, inzwischen zu Erfolgen geführt?
98. Abgeordneter
Oostergetelo
(SPD) Plant die Bundesregierung in obiger Sache selbst tätig zu werden, und welche Maßnahmen hat sie bejahendenfalls ins Auge gefaßt?
99. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) Welche Haltung wird die Bundesregierung gegenüber den Vorstellungen der EG-Kommission einnehmen, um den Grenzausgleich insbesondere bei den Veredelungsprodukten Schweinefleisch, Rindfleisch, Geflügelfleisch und Eier erheblich zu senken?
100. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) Wie wird sich die Bundesregierung in Brüssel auf die EG-Kommissionsvorschläge einstellen, die Freimarge für Verarbeitungsprodukte generell auf maximal 2 Prozentpunkte zu erweitern, und welche Auswirkung erwartet die Bundesregierung von der von der Kommission der Europäischen Gemeinschaft vorgeschlagenen Maßnahme?
101. Abgeordnete
Frau Blunck
(SPD) Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die wirtschaftlichen Auswirkungen des Waldsterbens auf die Forstwirtschaft und über die gesundheitlichen Schäden für die Bevölkerung vor?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

102. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) Welche Auswirkungen wird die von der Bundesregierung geplante Bewertung der Ausfallzeiten nach dem Verhältnis zu den tatsächlich möglichen Beitragszeiten auf die Alterssicherung der Saisonarbeiter insbesondere in der Bau- und Forstwirtschaft haben, die in der Regel jährlich aus Gründen ihres Wirtschaftszeuges nicht mehr als acht Monate beitragspflichtig beschäftigt sind?

103. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) Welche Renteneinbußen erleidet ein während seines normalen Arbeitslebens in der Bau- oder Forstwirtschaft beschäftigter Arbeitnehmer dadurch, daß im Vergleich zu früherem Recht für die Zeit der Arbeitslosigkeit nicht mehr volle Beiträge zur Rentenversicherung gezahlt werden?
104. Abgeordnete
Frau Männle
(CDU/CSU) Wie weit ist die Prüfung des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung gediehen, ob die Notwendigkeit besteht, die Teilzeitbeschäftigung arbeits- und sozialrechtlich so gesetzlich abzusichern, daß sie die gleiche Qualität erhält wie Vollzeitarbeit?
105. Abgeordneter
Pauli
(SPD) Wie groß sind die Unterschiede im Rückgang der durchgeführten Kuren für die Arbeitnehmergruppen Arbeiter, Angestellte und Beamte?
106. Abgeordneter
Pauli
(SPD) Worauf führt die Bundesregierung diese Unterschiede zurück?
107. Abgeordneter
von Schmude
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß nach § 520 Abs. 1 RVO den pflichtversicherten Arbeitnehmern der Arbeitgeberanteil auf der Basis von 50 v. H. des Beitragssatzes der zuständigen gesetzlichen Krankenkassen (zumeist Ortskrankenkassen) gezahlt wird; unabhängig davon, wie hoch der tatsächliche Beitrag ist, und ist die Bundesregierung bereit, § 520 Abs. 1 RVO so zu fassen, daß in Zukunft nur 50 v. H. der tatsächlichen Beitragssätze als Arbeitgeberanteil gezahlt werden, damit Überzahlungen vermieden werden?
108. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Hält die Bundesregierung nach wie vor an den von ihr vorgelegten Eckdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung fest, die die Grundlage bilden zur mittelfristigen Finanzplanung der gesetzlichen Rentenversicherung, oder treffen die im „Spiegel“ (Nr. 42, 17. Oktober 1983) gemachten Feststellungen zu, wonach statt der eingesetzten Bruttolohnsteigerung von 3,4 v. H. diese im 1. Halbjahr 1983 lediglich um 3,2 v. H. gestiegen ist und die Anzahl der Beitragszahler geringer ist als eingeplant?
109. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Welche Anzahl betroffener Arbeitsloser (ohne Kinder oder Alleinstehender), die Arbeitslosengeld beziehen bzw. Arbeitslosenhilfe erhalten und für die nach dem Gesetzentwurf der Bundesregierung die Leistungssätze zukünftig von 68 auf 63 v. H. bzw. von 58 auf 56 v. H. gesenkt werden sollen, legt die Bundesregierung ihren Annahmen zugrunde, wenn dies zu Haushaltsentlastungen für 1984 von 940 Millionen bzw. 115 Millionen DM führen soll?
110. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD) Welche Konsequenzen will die Bundesregierung aus der Erkenntnis des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung im Deutschen Bundestag (Plenarprotokoll 10/28, Seite 1844) ziehen, wer sich von anderen Betrieben den beruflichen Nachwuchs beschaffe, obwohl er selbst ausbilden könne, handle unsolidarisch und sei ein „Trittbrettfahrer“?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

111. Abgeordneter
Berschkeit
(SPD) Sind der Bundesregierung Klagen von Bürgern über in der letzten Zeit sich häufende Belästigungen durch tieffliegende Militärflugzeuge bekannt?
112. Abgeordneter
Berschkeit
(SPD) Hat die Bundesregierung der Bundeswehr oder den alliierten Streitkräften in irgendeiner Form zu erkennen gegeben, daß sie Tiefflüge über bewohnte Gebiete anders beurteilt als die Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Schmidt?
113. Abgeordneter
Gerstl
(Passau)
(SPD) Welche Gründe waren für die kurzfristige Absage des „NATO-Smoke-Experiments“ auf dem Truppenübungsplatz Heuberg durch die Leitung des Bundesministeriums der Verteidigung am 4. August 1983 ausschlaggebend, und warum erfolgte die Absage so kurzfristig unmittelbar vor Beginn der Durchführung?
114. Abgeordneter
Gerstl
(Passau)
(SPD) Welche Gründe sind vom Bundesminister der Verteidigung den beteiligten NATO-Nationen für die Absage des Experiments genannt worden, und wie beurteilt die Bundesregierung die durch die Absage des Experiments innerhalb der beteiligten NATO-Länder eingetretene Verstimmung und einen dadurch eventuell aufgetretenen Zweifel an der Ernsthaftigkeit der deutschen Verteidigungsanstrengungen?
115. Abgeordnete
Frau
Matthäus-
Maier
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß nach Aussage von Beteiligten die Vertreter der Landesregierung von Baden-Württemberg gegen die Durchführung des NATO-Smoke-Experiments vor allem politische Bedenken äußerten, wie z. B. die Stimmungslage in der Bevölkerung im Zusammenhang mit den Friedensdemonstrationen in Großengtingen und anderen Aktionen im „heißen Herbst“, Auswirkungen auf das Stimmverhalten der Bürger bei einer bevorstehenden Wahl und politische Konsequenzen für den Fall, daß sich Medien und Öffentlichkeit der Sache annähmen?
116. Abgeordnete
Frau
Matthäus-
Maier
(SPD) Ist daraus die Schlußfolgerung zulässig, daß es in Wirklichkeit gar nicht um Umweltschutzargumente, sondern um politische Begründungen ging, und ist es nicht so, daß die Absage des Experiments durch die politische Leitung des Bundesministeriums der Verteidigung vorrangig aus den gleichen politischen Gründen erfolgte?
117. Abgeordneter
Heistermann
(SPD) Erkennt die Bundesregierung in der Absage des NATO-Smoke-Versuches einen krassen Widerspruch zwischen ihrem permanenten Anspruch („Verteidigungsanstrengungen der Bundesrepublik Deutschland müssen glaubhaft sein“) und der Wirklichkeit ihres Handelns?
118. Abgeordneter
Heistermann
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, die Ernsthaftigkeit ihrer Aussage unter Beweis zu stellen und das NATO-Smoke Experiment in absehbarer Zeit in der Bundesrepublik Deutschland durchzuführen, und wenn ja, wann?

119. Abgeordneter
Dr. Diederich
(Berlin)
(SPD)
- Hat die Bundesregierung die Möglichkeit, den lang-jährigen Chef des Musikkorps der 1. Gebirgsjäger-Division der Bundeswehr, Oberstleutnant a. D. Werner Zimmermann, dafür disziplinarrechtlich zu be-langen, daß unter seiner Leitung für die „Deutsche National-Zeitung“ eine Langspielplatte hergestellt wurde, die sowohl alle drei Strophen des „Deutsch-landliedes“ als auch das SS-Lied „Wenn alle untreu werden“ enthält?
120. Abgeordneter
Dr. Diederich
(Berlin)
(SPD)
- Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ge-gebenenfalls in diesem Falle ergreifen, wenn sie die Meinung teilt, daß es sich hier um eine unzulässige und gesetzeswidrige Verbreitung von nationalsozia-listischen Symbolen und Gedankengut handelt?
121. Abgeordneter
Weisskirchen
(Wiesloch)
(SPD)
- Was ist der Bundesregierung über die Auslastung der Kapazitäten deutscher Rüstungsunternehmen bekannt, die Panzerfahrzeuge vom Typ MARDER, GEPARD und LEO II herstellen?
122. Abgeordnete
Frau
Dr. Vollmer
(DIE GRÜNEN)
- Was berechtigt die Bundesregierung, weiterhin eine Kaserne in Großengtingen nach dem Namen des am 20. Juli 1944 in Plötzensee hingerichteten Oberst i. G. Eberhard Finckh zu benennen, ob-wohl dessen Kinder, die einzigen Angehörigen, den Bundesverteidigungsminister aufgefordert haben, den Namen Eberhard-Finckh-Kaserne zu löschen?
123. Abgeordneter
Schlaga
(SPD)
- Ist es richtig, daß die zur Zeit in vielen US-Truppen-unterkünften geplanten oder schon in Bau befind-lichen Kohleheizkraftwerke nur mit amerikanischer, sehr schwefelhaltiger Kohle befeuert werden sollen, und sich das Bundesverteidigungsministerium des Einspruchs gegen die Nichtbeachtungen bun-desdeutscher Immissionsschutzgesetze dadurch be-geben hat, daß es die Heizkraftwerke zu Verteidi-gungsanlagen erklärt und damit die bundesdeutschen Baubehörden ausgeschaltet hat?
124. Abgeordneter
Schlaga
(SPD)
- Ist die Bundesregierung im Interesse eines aktiven Umweltschutzes bereit, die genannten Planungen beziehungsweise Bauten unverzüglich zu stoppen, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um sofort eine Genehmigungspflicht durch bundes-deutsche Baubehörden für die obengenannten Kraftwerke sowie die Einhaltung bundesdeutscher Immissionsschutzgesetze durch die US-Armee zur Bedingung zu machen?
125. Abgeordneter
Bindig
(SPD)
- Konnte die Bundesregierung angesichts der be-stehenden Regelungen zum Unterschreiben von Speisezetteln bei der Bundeswehr wirklich sicher gehen, daß die beim Besuch von Mitgliedern des Deutschen Bundestages bei der Kampftruppen-schule 2 in Munster am 30. August 1983 vom Kü-chenmeister der Standorttruppenküche auf Grund des ausliegenden Speisezettels — der die Unter-schriften von einem Oberstleutnant und S 4 Stabs-offizier, einem Stabsarzt als Truppenarzt, einem Oberamtsrat als Bearbeiter von Truppenversorgungs-aufgaben, einem Hauptmann als Sprecher des

Küchenausschusses und einem Brigadegeneral als Kommandeur der Kampftruppenschule 2 trug — angefertigten Speiseportionen tatsächlich die auf dem Speisezettel (auszugsweise) angegebenen 15 g Sellerie bei der Königinssuppe 15 g Schinkensülzwurst beim Kalten Büffet, 20 g Zwiebeln beim Thunfischsalat, 10 g Ananas beim Eiersalat und 5 g Vanillezucker beim „Apfel im Schlafrock“ enthalten haben?

Bonn, den 21. Oktober 1983